

6289/J XX.GP

ANFRAGE

der Abgeordneten Gerhard Reheis
und Genossen
an den Bundesminister für Justiz
betreffend gesetzliche Regelung hinsichtlich die Errichtung von Sendestationen für
Mobiltelefone

Das Handy entwickelt sich zu einem Lieblingsspielzeug der Österreicher. Die Nutzung desselben erfordert aber ein dichtes Netz an Sendestationen. Derzeit gibt es in Österreich bereits mehr als 2000 Sendeanlagen. Über die Gesundheitsschädlichkeit dieser Sende - und Funkantennen gibt es noch keine eindeutigen Gutachten. Es bilden sich überall Bürgerinitiativen, die gegen die Errichtung solcher Mobilfunkantennen kämpfen. Speziell gemeinnützige Wohnbaugesellschaften sind bestrebt, solche Sendemasten unmittelbar bei ihren Wohnungsbauten zu installieren. Auch an Schulen und öffentlichen Gebäuden werden Sendeantennen montiert.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Justiz nachstehende

Anfrage:

1. Gibt es bereits rechtliche Möglichkeiten für Anrainer, die Errichtung solcher Sendemasten im unmittelbaren Wohngebiet zu verhindern?
2. Wie beurteilen Sie ein Mitspracherecht für Mieter von Genossenschaftswohnungen bei der Aufstellung von Sendeanlagen für Mobiltelefone in ihrem unmittelbaren Wohnbereich?
3. Wie beurteilen Sie ein Mitspracherecht für Bedienstete bzw. betroffene Eltern bei der Installation von Sendemasten an öffentlichen Gebäuden bzw. Schulen?